



öffentlich

**Betreff:**  
Arbeitsmöglichkeiten für Schulsozialarbeiter/innen

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 21.09.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

07.10.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei künftigen Schulneubauprojekten oder -sanierungen, die mit Veränderungen von Raumzuschnitten verbunden sind, ein Büro für eine Schulsozialarbeiterin/einen Schulsozialarbeiter mit eingeplant wird.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe sieht vor, Schulsozialarbeit perspektivisch an jedem Schulstandort vorzuhalten. Hierfür müssen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Bei entsprechender Berücksichtigung in der Planung der Nebenflächen ist eine Überschreitung der Vorgaben aus dem MBSJ-Raumprogramm nicht erforderlich.